

Die Freien Wähler verweisen landesweit die Parteien bei den Kommunalwahlen auf die hinteren Plätze

„Freie Wähler“ etablieren sich provokativ von Passau bis Flensburg. Sie halten sich für die wahren Verfechter eines urdemokratischen Freiheitsideals und als die einzigen Unabhängigen im Parteienstaat Deutschland. Pragmatismus und ein Hauch von Basisdemokratie liegt in der Luft. Vielleicht hat sich die Demokratie in der bisherigen Form der Parteiendemokratie einfach nur erschöpft und sucht sich zu erneuern. Tatsache ist jedenfalls, dass der Zerfall der Volksparteien CDU und SPD unaufhaltsam weiter geht. Hunderttausende Mitglieder verlassen die Parteien, weil der Vertrauensschwund in ihre Politikfähigkeit immer geringer wird. Beredtes Beispiel war die Kommunalwahl in Bayern, wo die Freien Wähler in einigen Orten über 30% der Stimmen holten. Die frühere Landrätin Gabriele Pauli will im September sogar ein Landtagsmandat gewinnen. Auch unsere Partnergemeinde Grünwald hat seit vielen Jahren eine starke Freie Wählergruppe, deren Mitglieder aber bei Landtags- und Bundestagswahlen treue Anhänger der CSU sind.

In Schleswig-Holstein sieht es nicht anders aus. Die Kommunalwahl am 25. Mai bescherte der SPD einen Erdrutsch mit 26,6%, und die CDU verlor mancherorts bis zu 25% der Stimmen. Dagegen siegten die erst vor einem Jahr gegründeten Freien Wähler in Flensburg auf Anhieb mit 22% und stellen nun die stärkste Fraktion und den Stadtpräsidenten!

Was ist die Ursache für den Bedeutungsverlust der Volksparteien in den Kommunen?

In der Bevölkerung gibt es ein Verlangen nach vernünftigen Entscheidungen und nach pragmatischen, lösungsorientierten Handeln. Lagerbindungen spielen zumindest in der Kommunalpolitik keine Rolle mehr. Die Bürger wollen keine parteipolitischen Dogmatik und die Fesseln der Fraktionszwänge. So stellen sich zumindest die Parteien für die Bürger dar. Inzwischen kommen auch den Mitgliedern der Volksparteien Zweifel an ihrer eigenen Selbstsucht und ihren Vertretern. Die großen Parteien haben aufgrund ihres Mitgliederschwunds kaum noch Leute, die Ansprechpartner für die Bürger sind. Wegen des Mitgliederschwunds, der Überalterung und der schwächelnden Motivation, für die Partei etwas zu tun, sind sie nicht mehr Ansprechpartner und somit auch nicht mehr wählbar. Diese Aufgabe übernehmen jetzt die freien Wähler, die sich um die Bedürfnisse ihrer Wähler kümmern.

Die Ausdünnung der Volksparteien hat Folgen. Die Parteien finden nicht mehr genug Kandidaten als Mandatsträger. Durch den Verlust Hunderttausender von Mitgliedern und der Überalterung, stumpfsinnigen und übellaunigen Mitgliederversammlungen, in denen man sich

mehr zankt als Politik für die Bürger macht, jegliche Motivation beerdigt, Diskussionen verhindert, weil man Kritik fürchtet und die angebotene politische Bildung für überflüssig hält, höhlt man sich selber aus und koppelt sich von der Lebenswirklichkeit der Menschen, für die man da ist, ab.

Erneuerung kann tatsächlich nur von unten kommen. Die Kommunalverfassungen in den Südländern der Bundesrepublik haben eine gewisse Vorbildfunktion entwickelt. Das Panaschieren und Kumulieren ist ein wesentlicher demokratischer Erneuerungsprozess für das Wahlrecht. Es zählt für den Wähler nicht mehr die im Parteivorstand ausgekugelte Liste von Kandidaten, sondern er wählt mit seinen drei Stimmen, die er auch auf der Liste verteilen kann, seinen Kandidaten/In aus, und das kann auch der Letzte auf der Liste sein. Hier liegt der Ansatz für ein neues Wahlsystem auch auf Bundesebene.

Die immer geringer werdende Wahlbeteiligung besonders auf kommunaler Ebene ist ein Warnzeichen für die Politik. Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass sich die Menschen nach einer Erneuerung der politischen Landschaft sehnen, die ihnen mehr Stimme verleiht. Freie Wähler sind keine Gefahr für die Demokratie, aber eine Gefahr für verschlissene etablierte Parteien und ihre Anhänger. Diese haben jederzeit die Chance, ihren Stellenwert im politischen Geschehen aufzupolieren. Schließlich gibt es auch in der Politik den immer wieder beschworenen Wettbewerb.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 21.07.08